

Aber von Arbeit muss man leben können!

Ein Viertel aller Menschen im Land Bremen, die Arbeitslosengeld II beziehen, ist erwerbstätig – etwa 16.000 Beschäftigte. Sie verdienen so wenig, dass sie trotz Arbeit aufstockende Hilfen beziehen müssen. Unter ihnen befindet sich auch die Mehrzahl derer, die in den Beschäftigungsprogrammen des Landes Arbeit gefunden haben. Die einseitig verordnete „Entgelttabelle“ stuft die meisten mit 1.100 Euro brutto ein (6,60 Euro/Stunde).

Öffentlich geförderte Beschäftigung muss armutsfest, tarifgerecht und qualifikationsgerecht bezahlt werden! Dumpingtarife wie die „Entgeltordnung“ der Bremer Beschäftigungsträger (VaDiB) darf es nicht geben. In Berlin z.B. gilt für öffentlich geförderte Beschäftigung ein Mindestlohn von 1.300 Euro.

MINDESTLOHN

Die meisten in der niedrigsten Entgeltgruppe sind Frauen, teilweise sogar in Teilzeit.

Auch Träger brauchen Kontinuität

Die Projekte, aus denen Bremen produktiv besteht, werden von Vereinen und von Beschäftigungsträgern getragen. Gerade kleinere Vereine, die sich in den betroffenen Stadtteilen engagieren, sind besonders wichtig, wenn Beschäftigung und soziale Stadtpolitik zusammenkommen sollen.

Obwohl das Programm gut gelaufen ist, soll es nicht verlängert werden. Stattdessen sollen neue Anträge gestellt, neue Projekte erfunden werden. Der Organisationsaufwand ist immens. Und viele Träger werden nicht mehr zum Zug kommen. So aber kann man keine Kontinuität schaffen.

Gegen soziale Spaltung – für öffentlich geförderte Beschäftigung!

1. Das Land Bremen braucht mehr und nicht weniger öffentlich geförderte Beschäftigung. Die Mittel dafür dürfen nicht gekürzt, sondern müssen ausgebaut werden. Bremen muss endlich Landesmittel in größerem Umfang einsetzen und nicht nur EU-Geld.
2. Arbeit ist Arbeit, auch wenn sie öffentlich gefördert ist. Keine Sondertarife, sondern tarifgerechte Bezahlung und ein Mindestlohn von 1.400 Euro! Keine Ein-Euro-Jobs, sondern Umsteuern auf sozialversicherte Jobs. Keine „Einsatzorte“ und „Netzwerke“, sondern Arbeitsverträge mit dem Träger, wo man arbeitet!
3. Gut angelaufene Projekte wie die in Bremen produktiv sollen weitermachen können, damit Beschäftigungspolitik im Stadtteil Kontinuität bekommt. Ein neuer „Wettbewerbsaufruf“ ist bürokratischer Unsinn.
4. Massenarbeitslosigkeit ist kein persönliches Versagen, sondern ein gesellschaftlicher Skandal. Nicht die Arbeitslosen sind „schuld“, sondern die Verantwortlichen einer falschen Politik.

DIE LINKE. Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen

Fon: (0421) 20 52 97-0
Fax: (0421) 20 52 97-10

E-Mail: mail@linksfraktion-bremen.de
Web: www.linksfraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.: Leo Schmitt



DIE LINKE.
Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Was ist uns Arbeit wert?

Forderungen zur öffentlich geförderten
Beschäftigung im Land Bremen



Der rot-grüne Senat spart ...

Für den Politikbereich „Arbeit“ gab das Land Bremen jährlich aus bzw. plant auszugeben:

2005 bis 2007: Zwischen 57 und 59 Mio. Euro.
2008 und 2009: Zwischen 47 und 48 Mio. Euro.
2010 und 2011: Knapp 41 Mio. Euro.

Das sind **30 Prozent** weniger als vor fünf Jahren.

Das **Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP)** des Landes hat eine Laufzeit von 6 Jahren, entsprechend der Förderperiode der EU (2008 – 2013). Der Senat plant wie folgt:

2008 bis 2010: insgesamt 60,159 Mio. Euro
2011 bis 2013: insgesamt 45,714 Mio. Euro

Das sind **25 Prozent** weniger ab 2011.

GEBIETSÜBERSICHT „WIN/SOZIALE STADT“ 2002



Quelle: Freie Hansestadt Bremen (Senat)

... wo er kann ...

Bremen produktiv und integrativ, das wichtigste Beschäftigungsprogramm des Landes, schafft Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose u.a. in sozial besonders betroffenen Stadtteilen. Bislang umfasst es etwa 800 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Darunter sind 300 für besonders schwer vermittelbare Menschen, die darüber langfristig beschäftigt werden sollen. Für Bremen produktiv und integrativ standen/steht zur Verfügung:

2008 bis 2010: insgesamt 15,792 Mio. Euro.
2011 bis 2013: insgesamt 11,740 Mio. Euro.

Das sind **26 Prozent** weniger ab 2011.

= entsprechend weniger Arbeitsplätze

... und macht noch Gewinn dabei!

Dabei macht der Senat mit Bremen produktiv sogar noch Gewinn. Bei den eingesetzten Mitteln handelt es sich nämlich ausschließlich um zweckgebundene Gelder der EU für Arbeitsmarktpolitik. Es werden keinerlei reguläre Landesmittel aufgewendet.

Für jede/n Arbeitslose/n, der/die in Bremen produktiv Beschäftigung findet, spart die Stadt aber ihren Anteil (77 Prozent) an den Kosten der Unterkunft. Das sind im Schnitt ca. 3.000 Euro im Jahr, bei 800 sozialversicherungspflichtigen Stellen macht das 2,4 Mio. Euro im Jahr, die im Sozialetat eingespart werden. Nicht einmal diese Einsparung fließt als Beitrag des Landes in die Arbeitsmarktpolitik zurück.

Beschäftigung braucht Kontinuität!

Menschen wieder in Arbeit zu bringen, braucht Zeit. Kurzfristige Maßnahmen von 6 oder 12 Monaten bringen wenig. Wichtig sind längerfristige Jobs.

Deshalb wurden die sogenannten BEZ-Stellen (BEZ = Bundesergänzungszuschuss), die für besonders schwer vermittelbare Personen gedacht sind, in den Quartieren positiv aufgenommen. Sie laufen 2 Jahre, Verlängerung auf 3 und mehr Jahre sind möglich.

Nun sollen die BEZ-Stellen wegfallen oder durch das Instrument AGH-E („Arbeitsgelegenheit“) ersetzt werden. Damit aber werden viele TeilnehmerInnen ihre Arbeit verlieren. Und längerfristige Stellen wird es in Bremen produktiv nicht mehr geben, denn AGH-E laufen in der Regel nur 1 Jahr.

Der Grund für die Entscheidung: AGH-E-Stellen kosten den Senat keinen Zuschuss. Und der Senat möchte die TeilnehmerInnen-Zahlen hoch halten, indem die Beschäftigten auf den weniger werdenden Stellen öfter wechseln. Das aber hilft nur der Statistik.

300 besonders schwer vermittelbare Menschen, die eigentlich mindestens bis 2013 auf ihrem Arbeitsplatz hätten bleiben sollen, drohen wieder arbeitslos zu werden.

